

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Behandlung der Petitionen des Sachgebietes Landtag

8-P/00047 - Bestattungsgesetz

Berichterstatterin Abg. Christina Buchheim (DIE LINKE) trägt den der Petition zugrunde liegenden Sachverhalt im Sinne der Kurzzusammenfassung vor und empfiehlt, sie gemäß der vorliegenden Stellungnahme abschließend zu bescheiden. Darüber hinaus regt sie an, die Petition allen Fraktionen zur Kenntnis zu geben.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, die Petition gemäß der vorliegenden Stellungnahme abschließend zu bescheiden und allen Fraktionen zur Kenntnis zu geben.

8-P/00072 - Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe

Berichterstatterin Abg. Dr. Anja Schneider (CDU) trägt vor, mit der vorliegenden Petition werde die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsberufe Ergotherapie, Physiotherapie, Logopädie und Podologie begehrt.

In der Stellungnahme der Landesregierung werde darauf verwiesen, dass die Ausbildung in den in Rede stehenden Berufen grundsätzlich im Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geregelt sei. Bei den Gesundheitsfachberufen handele es sich allerdings um zusätzlich bundesgesetzlich geregelte Berufe. Die Bundesländer hätten sich auf Eckpunkte „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ verständigt. Dieses Gesamtkonzept sehe grundlegende Reformen vor, unter anderem auch hinsichtlich der Ausbildungsvergütung, der Kompatibilität mit anderen Ausbildungsstrukturen sowie bezüglich der Abschaffung des Schulgeldes.

Somit lasse sich feststellen, dass die Petition als teilpositiv erledigt zu bewerten sei, da insbesondere die Berufe, die Gegenstand der Petition seien, verstärkt in den Blick genommen worden seien und diesbezüglich eine zeitnahe Regelung zu erwarten sei.

Dies gelte allerdings nicht für den Gesundheitsberuf Podologie. Der Stellungnahme der Landesregierung vom 7. Februar 2023 sei zu entnehmen, dass das der Petition zugrunde liegende Anliegen vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Gleichstellung grundsätzlich unterstützt werde, wobei derzeit allerdings noch nicht absehbar sei, in welcher Form und wann diesbezüglich Regelungen auf Bundesebene getroffen würden.

Da die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen unter anderem ein Zusammenwirken des Bildungsministeriums und des Sozialministeriums erfordere, rege sie, die Berichterstatterin, an, dass sich das Bildungsministerium und das Sozialministerium diesbezüglich miteinander ins Benehmen setzten. Darüber hinaus empfehle sie, die Petition an den Bund weiterzuleiten.

Abschließend spricht sich die Berichterstatterin dafür aus, die Entscheidung über die Petition zu vertagen und die Petition zu gegebener Zeit erneut aufzurufen.

Die **Petentin** führt aus, ihr sei das Ringen um Lösungen, das sich unter anderem in dem zuvor erwähnten Eckpunktepapier widerspiegele, durchaus bekannt. Allerdings sei es dringend erforderlich, dass so schnell wie möglich gehandelt werde. Dabei gehe es nicht um ihren Berufsstand, sondern vor allen Dingen um die Patienten. Viele Patienten seien unversorgt. Täglich riefen Menschen in den Praxen an, die zuvor schon von vielen anderen Praxen abgelehnt worden seien, und bäten um einen Termin. Außerdem gehe es auch darum, den Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung zu zahlen, damit sie nicht noch zusätzlich arbeiten gehen müssten, um ihre Ausbildung zu finanzieren. Aber vorrangig gehe es um die Patienten, die nicht versorgt würden.

Sie wünsche sich, dass schnell gehandelt werde und dass die Landesregierung in der Übergangszeit, bis entsprechende Regelungen getroffen worden seien, gewissermaßen in Vorleistung trete, wie es auch in anderen Bundesländern der Fall sei. Die jungen Menschen verließen das Land Sachsen-Anhalt, um ihre Ausbildung in anderen Bundesländern zu absolvieren, und blieben dann meistens auch dort. Der Altersdurchschnitt bei den im Land Sachsen-Anhalt tätigen Physiotherapeuten betrage derzeit etwa 50 bis 59 Jahre. Wenn diesbezüglich nicht für Nachwuchs gesorgt werde, werde sich das Problem noch weiter verschärfen. Bis zur Teil- oder Vollakademisierung sei es noch ein langer Weg. Daher müsse für die Übergangszeit schnell gehandelt werden, um die jungen Menschen, die sich den für die Gesellschaft bedeutsamen Gesundheitsberufen hingeben wollten, zu entlasten.

Vorsitzende Monika Hohmann erkundigt sich bei der Landesregierung nach dem aktuellen Sachstand.

Ein **Vertreter des MB** legt dar, das Bildungsministerium sei in zahlreichen Arbeitsgruppen und Gremien auf Bundesebene involviert und setze sich dort dafür ein, dass die Auszubildenden bzw. Schülerinnen und Schüler finanziell abgesichert würden. Dabei gehe es unter anderem auch um das Thema Schulgeldfreiheit. Ein erster Teilerfolg sei insofern erzielt worden, als in Bezug auf die MT-Berufe den Ausbildungsbetrieben seit dem 1. Januar 2023 die Erhebung von Schulgeld untersagt sei. Es bewege sich folglich schon etwas.

In Bezug auf die Ausbildung zum Physiotherapeuten gehe es derzeit um die Frage, in welcher Form die Ausbildung zukünftig erfolgen solle, ob an der Berufsfachschule oder in Form eines Studiums.

Das Problem bestehe im Grunde genommen darin, dass das Eckpunktepapier alle Gesundheitsfachberufe im Blick habe, was es dem Bund insoweit schwierig mache, alles zu koordinieren, was in Richtung einer grundlegenden Regelung gehe.

Das Bildungsministerium stehe mit den Bildungsministerien der anderen Bundesländer über die Arbeitsgruppen in engem Kontakt und Austausch. Zwischen den Bundesländern herrsche weitestgehend Konsens. Auf Landesebene erfolge zwischen dem Bildungs- und dem Sozialministerium ein reger Austausch auf Arbeitsebene. Allerdings bedürfte es noch entsprechender Initiativen seitens des Bundes, die derzeit noch auf sich warten ließen.

Auf Nachfrage erklärt sich die **Petentin** mit der Weiterleitung ihrer Petition an den Deutschen Bundestag einverstanden.

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, die Petition zu gegebener Zeit erneut aufzurufen.

Die Ausschüsse für Bildung sowie Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung werden um Stellungnahme gebeten.

Das Ministerium für Bildung und das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung werden gebeten, sich diesbezüglich ins Benehmen zu setzen.

Zudem soll die Petition an den Deutschen Bundestag weitergeleitet werden.